

Multilaterale Akzente

Editorial

Im Jahr 2000 verabschiedeten die UNO-Mitgliedstaaten und 23 internationale Organisationen die Millenniumserklärung, aus der die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) zur Bekämpfung von Armut und Hunger hervorgingen. Die MDGs Anstrengungen sind ein Erfolg. Allerdings wird die Umsetzung erschwert, weil die Entwicklungsländer und die Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung der MDGs ungenügend einbezogen worden waren. Den MDGs soll angesichts der aktuellen globalen Herausforderungen 2015 eine noch umfassendere Entwicklungsagenda folgen. Für die Post-2015-Agenda sind besonders drei Aspekte bemerkenswert: 1. Die Prioritäten der Weltbevölkerung werden durch die grösste Bevölkerungsumfrage der Geschichte vollumfänglich einbezogen. 2. Neue Ziele müssen auf alle Länder anwendbar sein, also auch auf Industrieländer wie die Schweiz. 3. Sie sollen sich sowohl an den MDGs als auch am Rio-Weltgipfel 2012 orientieren und alle Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung (Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt) integrieren. Die Schweiz engagiert sich aktiv in der Ausgestaltung der globalen Post-2015-Agenda. Sie setzt sich auf multilateraler Ebene für einen breit abgestützten und transparenten Prozess ein. Ziel ist es, einen wirkungsvollen und handlungsorientierten Referenzrahmen für globale nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Dabei werden die internationalen Organisationen eine Schlüsselrolle spielen, bei der späteren Umsetzung, aber auch schon bei der vorbereitenden Zusammenarbeit mit der Staatengemeinschaft und der breiten Öffentlichkeit. Nur so können die globalen Anstrengungen zur Beseitigung extremer Armut und der Wandel zu nachhaltiger Entwicklung gelingen.

OLIVIER BÜRKI
DANIEL BIRCHMEIER

Ein neuartiger Prozess

Die UNO hört der Welt zu

GESCHICHTE Für die Vorbereitung der Nachfolgeagenda der Millenniumsentwicklungsziele ab 2015 hat die UNO die grösste Mobilisierung ihrer Geschichte in Gang gesetzt.

Als die UNO im Jahr 2000 die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) lancierte, hielt sie sich nicht lange mit umfangreichen Konsultationen auf. Über die Absicht – Halbierung der extremen Armut bis 2015 – bestand schliesslich ziemlich Einigkeit, ebenso über die sieben weiteren ausgewählten Ziele. Für einen Teil der Akteure im Entwicklungsbereich war es der richtige Weg, der rasche Fortschritte ohne endloses Drumherumreden versprach. Andere hingegen empfanden dieses Vorgehen als zu direktiv, als eine von oben aufgezwungene Auswahl. Ausserdem boten die Wahl der Ziele und manche Formulierungen Anlass zu Kritik. Ein partizipativeres Vorgehen hätte in den Augen dieser Kritiker eine bessere Umsetzung der MDGs ermöglicht. Heute wird diese Ansicht – auch innerhalb der UNO – von breiten Kreisen geteilt.

Ein beispielloser Kraftakt der UNO

Einen breiten Konsens gibt es auch darüber, dass an diese Millenniumsziele eine weitere Entwicklungsagenda anschliessen muss, damit die Anstrengungen der letzten 15 Jahre weitergeführt und ausgedehnt werden können. Doch diesmal hat die UNO einen ganz anderen Weg gewählt. Sie hat eine weltweite Befragung gestartet, «die umfangreichste, die je von der UNO durchgeführt wurde», versichert Stanislav Saling, der Kommunikationsfachmann im Post-2015-Stab innerhalb des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP), das für das Sekretariat zuständig ist. Die Operation namens «Globale Konversation» liefert erste Ergebnisse (vgl. S. 3). In einem Video auf der Website der UNDP berichtet Olav Kjørven, der Assistent des UNO-Generalsekretärs und Kopräsident



Eine von der UNO organisierter Beratung auf einem Markt in Kigali, Ruanda, Mai 2013. Foto UNO.

der UNO-internen Arbeitsgruppe für Post-2015 stolz, dass es sich um die «bis her grössten Bemühungen der UNO handelt, die Bevölkerung auf der ganzen Welt zu fragen, in welcher Welt sie in den nächsten Jahren leben will». Dieses Gespräch hat sich zu nationalen Konsultationen in fast 100 Ländern entwickelt, in 87 davon auf Initiative der UNO. Es umfasste auch die Ergebnisse der Millenniumsziele, die unter anderem die Basis der nächsten Agenda bilden sollen.

In einer Zeit, in der «mehr Menschen Zugang zu Mobiltelefonen als zu Toiletten haben», wie Stanislav Saling gerne sagt, war es naheliegend, die neuen Kommunikationsmittel zu nutzen. «Die Leute deuteten auf ihr Telefon und sagten: Wenn ihr meine Meinung wissen wollt, müsst ihr nur fragen!» Internet und soziale Netzwerke wurden also einbezogen, doch mit einer zu starken Konzentration auf diese Medien wäre die UNO Gefahr gelaufen, die Ärmsten, für die die Agenda am wichtigsten ist, ausser Acht zu lassen. Die Befragung wurde daher auch in Form von Treffen vor Ort mit verschiedenen Kreisen durchgeführt, «um so die Meinung der ganzen Bevölkerung einzuholen, einschliesslich der Gruppen, die in der Regel vergessen werden», erklärt Olav Kjørven.

Im Rahmen der Umfragen suchte man den Kontakt sowohl mit Armen in den Städten Vietnams, mit Kindergruppen

in Moldova als auch mit der afrikanisch-stämmigen Bevölkerung in Brasilien. «In Ruanda zum Beispiel gingen Teams in einen Busbahnhof, um dort die Meinung der Reisenden einzuholen», erzählt Stanislav Saling. Auf der Website «worldwewant2015.org» finden sich alle Informationen und die verfügbaren Berichte. Es gibt dort auch einen Diskussionsbereich.

Ein multilateraler Prozess

Gleichzeitig waren von der UNO-Entwicklungsgruppe, in der alle im Entwicklungsbereich tätigen Programme und Agenturen vertreten sind, elf Themen vorgeschlagen und zur Diskussion gestellt. Die Verantwortung für die Konsultationen zu den einzelnen Themen übernahmen die UNO-Agenturen, unterstützt von einem oder mehreren Staaten sowie von Expertinnen und Experten aller Fachrichtungen. Die Schweiz übernahm eine Führungsrolle in den Bereichen Wasser und Bevölkerungsdynamik, in denen sie über anerkanntes Fachwissen verfügt. Jede Konsultation – nach Thema und nach Land – mündete in einen Bericht, der online veröffentlicht wurde und kommentiert werden

konnte. Er wurde auch dem «Nervenzentrum» der ganzen Operation, dem Post-2015-Stab des UNPD, zugestellt.

In Ergänzung dazu kann jeder und jede auf der Website «myworld2015.org» online abstimmen, welche der 16 vorgeschlagenen Themen die sechs wichtigsten sind, oder noch neue anfügen. Die Ergebnisse werden interaktiv dargestellt, nach Thema, Land und Merkmale der Abstimmenden aufgeschlüsselt.

Die Daten und Auswertungen der Befragungen werden bis zur nächsten UNO-Generalversammlung im September (und darüber hinaus) online verfügbar sein. Das ist «eine zusätzliche Quelle, die jedermann einsehen und mit den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten vergleichen kann», erklärt Stanislav Saling. Natürlich muss man sich dafür in die umfangreichen Staatenberichte vertiefen. Immerhin wird «bei den Verhandlungen über ein so wichtiges Geschäft wie die künftige Entwicklungsagenda zum ersten Mal in der Geschichte die Stimme der Völker vorhanden sein», fügt er bei. Zu hoffen bleibt, wie Peter Niggli von der Alliance Sud betont, dass

diese Konsultationen, die er begrüsst, nicht eine Alibiübung bleiben. Unterstützt wird der Prozess quer durch alle UNO-Organisationen seit Januar 2012 von einer Arbeitsgruppe (Task Team) aus Vertreterinnen und Vertretern von rund fünfzig UNO-Abteilungen und internationalen Organisationen.

Schliesslich hat die Flut an Abstimmungen, Berichten und Befragungen auch Stoff geliefert für die Arbeit des hochrangigen Ausschusses, bestehend aus 27 «wichtigen Persönlichkeiten» aus Politik und Wissenschaft, die von Ban Ki-moon im Juli 2012 ernannt wurden. Der Ausschuss unter der Leitung der Präsidenten von Indonesien und Liberia sowie des britischen Premierministers war ein vermittelndes und beratendes Gremium für den Generalsekretär. Am 30. Mai 2013 hat er seine Zusammenfassung veröffentlicht. Gemäss Stanislav Saling ist es der bisher wichtigste intellektuelle Beitrag zur Post-2015-Diskussion. «Alles was folgt, wird an diesem Text gemessen werden.» Er bildet die Grundlage für den Bericht Ban Ki-moons an die UNO Generalversammlung im kommenden September. ▮

Die Schweiz bezieht Stellung

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Ausarbeitung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (im Nachgang zu Rio+20) und die Nachfolge der MDGs (UNO Post-2015 Entwicklungsagenda), die nach 2015 umgesetzt werden sollen. Der Bundesrat hat im Juni 2013 ein Papier verabschiedet, das seine aktuelle Position zusammenfasst. Es bewegt sich u. a. im Rahmen seiner Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015, seiner aussenpolitischen Strategie 2012–2015 und der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2013–2016. Zudem bezieht es die Errungenschaften der letzten Jahre auf multilateraler Ebene mit ein, von der Agenda 21 über die Frauenkonferenz in Beijing und Klimafragen bis zu den Lehren aus den Millenniumszielen. Das Dokument umfasst auch die Zwischenergebnisse der in der Schweiz durchgeführten Konsultationen. Die Schweiz ist der Auffassung, dass die künftige Agenda

auf fünf Grundsätzen aufbauen muss:

- Menschenrechte: alle Rechte sind universell, unteilbar und interdependent
- Planetare Grenzen: die nachhaltige Entwicklung muss die Kapazitäten der Ökosysteme respektieren
- Soziale Integration und Gerechtigkeit: die strukturellen Ursachen der Ungleichheit müssen angegangen werden
- Universalität: Gemeinsame Verantwortung aller Länder
- Politikkohärenz für Nachhaltige Entwicklung

«Die Schweiz setzt sich für die Zusammenführung der Agenda für eine nachhaltige Entwicklung und derjenigen zur Bekämpfung der Armut zu einer einzigen Agenda ein», erklärt Botschafter Michael Gerber, der Schweizer Sonderbeauftragte für globale nachhaltige Entwicklung (unter

anderem) allgemein anwendbar sein, dabei aber die Unterschiede zwischen und in den Ländern respektieren; sie sollen messbar, handlungsorientiert, aus unterschiedlichen Quellen finanziert sein, über die nötigen Mittel zu Umsetzung verfügen. Insgesamt stimmen diese Positionen mit denjenigen der UNO-Entwicklungsgruppe und des von Ban Ki-moon ernannten hochrangigen Panels (siehe Artikel S. 3) überein.

«Wir werden uns hauptsächlich für konkrete Ziele in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter sowie Frieden und Sicherheit einsetzen. Im Übrigen verstärkt die Schweiz ihre Bemühungen um Einbezug der Themen nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, Verminderung von Katastrophenrisiken sowie die globalen sozialen und wirtschaftlichen Vorteile der Migration. Es sind Themen, die aus unserer Sicht bisher nicht genügend berücksichtigt worden sind und in denen die Schweiz sich speziell profiliert hat.» ▮

Der lange Weg zur Konvergenz

PERSPEKTIVEN Der auf Wunsch von Ban Ki-moon eingesetzte hochrangige Ausschuss hat die nächste Entwicklungsagenda der UNO skizziert. Nun muss diese Agenda noch mit dem Rio+20-Prozess abgestimmt werden, der bis Ende 2014 die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung festlegen wird.

Wer eine Momentaufnahme der Anliegen der Weltbevölkerung bezüglich Entwicklung möchte, kann sich einfach die Umfrage der UNO auf «my-world2015.org» anschauen. Eine gute Ausbildung, bessere medizinische Versorgung und eine offene und ehrliche Regierung stehen fast überall an der Spitze, gefolgt von Beschäftigung und Zugang zu Wasser/sanitären Einrichtungen.

Jeder und jede kann hier online aus sechzehn Vorschlägen sechs ihm/ihr wichtige Themen auswählen. Rund 816 000 Personen (am 20. August 2013) aus 194 Ländern haben dies bereits getan. Bemerkenswert ist, dass sich das Thema Kampf der Klimaerwärmung – für die UNO und zahlreiche Regierungen eine der Prioritäten im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung – auf einem der hintersten Ränge findet, zweifellos weil es zu weit weg ist vom Alltag der Leute.

Die Umfrage ist Teil eines grösseren Unterfangens namens globale Konversation (siehe Artikel S. 1). Sie umfasst Diskussionen über die elf von der UNO-Entwicklungsgruppe vorgeschlagenen Themen¹. Die UNO will auf der ganzen Welt aufmerksam zuhören und all diese Stimmen sammeln, um daraus die Richtung für die globale Entwicklungsagenda nach 2015 abzuleiten, oder anders gesagt: ausgehend vom weltweiten Stimmengewirr eine lesbare Partitur zu schreiben.

Diese breite Befragung findet in einem vorgezeichneten Rahmen statt. Denn die Post-2015-Agenda basiert auf den Errungenschaften und Erfahrungen der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) von 2000 und auf der Entwicklung der Welt seither. Mit den MDGs wurden acht Bereiche



Bildung bleibt ein Schlüsselement der nachhaltigen Entwicklung. Schule unter freiem Himmel für Kinder eines Armenviertels in Kingston, Jamaica.

Foto UNO/Milton Grant

bestimmt, in denen grundsätzlich messbare Fortschritte erzielt werden müssen. Seither haben Wirtschaft- und Finanzkrise, soziale Instabilität, zunehmende Ungleichheiten, Auswirkungen der Klimaveränderung die Lage verändert.

Im Juni 2012 empfahl die Arbeitsgruppe der UNO-Entwicklungsagenturen und –programme (UN System Task Team), einen ganzheitlicheren Ansatz für die neue Agenda zu wählen, der die Umwelt- und die wirtschaftliche Dimension stärker einbezieht und der Frieden und Sicherheit, zwei Begriffe, die in den MDGs nicht vorkamen, mehr Gewicht gibt. Die Arbeitsgruppe betonte auch die Notwendigkeit einer globalen Kohärenz der Agenda, um eine isolierte Behandlung der einzelnen Ziele (Siloeffekt) zu vermeiden und gleichzeitig Spielraum zu lassen für nationale Massnahmen und Anpassungen an die lokalen Bedingungen. Ein weiterer Vorschlag war, dass die neue Agenda sowohl Entwicklungs- und Schwellenländer als auch Industrieländer einschliessen muss. Dieses Dokument wurde von zahlreichen Berichten der verschiedenen entwicklungspolitischen Akteure ergänzt.

Obwohl verlässliche Daten kaum erhältlich sind, geht man davon aus, dass eines der Hauptziele der MDGs, die Halbierung der extremen Armut (darunter fallen Personen mit weniger als 1.25 US-Dollar Einkommen pro Tag), erreicht wurde. Die neue Agenda sollte

ihre vollständige Beseitigung anstreben. Sie sollte auch die Verpflichtungen der Konferenz von Rio+20 für eine nachhaltige Entwicklung einschliessen. Die zwischenstaatliche Arbeitsgruppe, die sie aushandelt (die Open Working Group on Sustainable Development Goals SDGs), hat ihre Arbeit Anfang 2013 aufgenommen.

Die Konsultationen finden Gehör

Zum ersten Mal also hat die UNO mit einer weltweiten Konsultation bei den Durchschnittsbürgerinnen und -bürgern und bei Basisorganisationen die Temperatur gemessen. Die Ergebnisse dieser zahlreichen Treffen sind auf <http://data.worldwewant2015.org> einsehbar. Diese Stimmen wurden unter anderem im Hinblick auf den Schlussbericht des hochrangigen beratenden Ausschusses (High-Level Panel of Eminent Persons), den Ban Ki-moon eingesetzt hat, eingeholt. Eine Auswertung dieser Daten wird an der nächsten UNO-Generversammlung im September präsentiert. «Das Echo war überwältigend, und damit diese Informationssammlung Sinn macht, müssen wir zeigen, dass sie von den Verantwortlichen für die zukünftige Entwicklungsagenda aufgenommen wird», betont Stanislav Saling, Kommunikationsspezialist beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP).

¹ Ungleichheit, Gesundheit, Ernährung und Lebensmittelsicherheit, Energie, Regierungsführung, Bildung, Konflikt und Fragilität, Wasser, Wachstum und Beschäftigung, ökologische Nachhaltigkeit, Bevölkerungsdynamik.

Der hochrangige Ausschuss, bestehend aus 27 von Ban Ki-moon ernannten prominenten Persönlichkeiten, hat seinen Schlussbericht am 30. Mai 2013 veröffentlicht. Das mit Spannung erwartete Dokument ist ein erster Schritt zur Konsolidierung der Positionen. Es widerspiegelt die Diskussionen mit allen Kreisen sowie «die Ansichten und Empfehlungen von über 5000 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 120 Ländern, von der Basisorganisation bis zur weltweiten Allianz, sowie die Gespräche mit rund 250 Unternehmen in dreissig Ländern und mit Akademikerinnen und Akademikern aus entwickelten und Entwicklungsländern», heisst es dort.

Zwischen Lob und Kritik

Der Bericht gibt einen Überblick über die hauptsächlich diskutierten Themen, betont aber die Notwendigkeit, sich auf wenige, klar definierte, umsetzbare und zusammenhängende Prioritäten zu beschränken. Er schlägt zwölf Prioritäten mit klaren Zielen vor. Darunter finden sich die bekannten Themen wie Armut oder Gleichstellung der Geschlechter; daneben tauchen neue Themen auf (gute Regierungsführung, Umgang mit natürlichen Ressourcen, gute Ausbildung usw.).

Der Ausschuss nennt vor allem fünf grundlegende Leitlinien, die von der Vision zur Umsetzung führen sollen: niemanden im Stich lassen; die nachhaltige Entwicklung ins Zentrum der Agenda stellen; die Wirtschaft umbauen, um Stellen zu schaffen und die Armut zu beseitigen; Frieden und effiziente staatliche Institutionen schaffen; und schliesslich eine neue weltweite Partnerschaft aufbauen, was laut dem Bericht die vielleicht wichtigste Veränderung der Post-2015-Agenda ist und sämtliche Gesellschaftssektoren einschliesst.

Der Bericht wurde weltweit gut aufgenommen und seine Vorschläge wurden von allen Seiten mehr oder weniger begrüsst. Das World Resource Institute, ein wichtiger, von Unternehmen, Stiftungen und Staaten (etwa der Schweiz) finanzierter Think Tank, bezeichnete ihn als bahnbrechendes Dokument, das die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt. InterAction, ein Zusammenschluss von 180 amerikanischen NGOs, lobt die umfassende Sichtweise. Save the Children meint, er beschreibe genau, was es braucht, um die extreme Armut in einer Generation zu beseitigen, und fügt an, das sei zu schön, um wahr zu sein! Auch mehr oder weniger harte Kritik wurde laut. In einem Blog der Weltbank greift Adam Wagstaff, der Forschungsdirektor der Abteilung Menschliche Entwicklung und öffentliche Dienstleistungen der Bank, das aus seiner Sicht sehr vernachlässigte Gesundheitskapitel heftig an. Für Amnesty International fehlen die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und die staatlichen Verpflichtungen. Auf einem Blog der Amsterdamer Expertenplattform The Brokers, die teilweise vom holländischen Aussenministerium finanziert wird, konstatiert die Forscherin Shirin Rai viel Rhetorik und wenig Instrumente zu ihrer Umsetzung. In der Schweiz bedauert Alliance Sud, dass der Bericht «weder den notwendigen Strukturwandel noch die Verantwortung der multinationalen Unternehmen anspricht.»

Zerstörerische Ungleichheit

Doch die wichtigste Lücke betrifft die Einkommensunterschiede. Der Bericht überlässt diese Frage geschickt den Staaten. Allerdings nehmen heute, wo der Graben zwischen Arm und Reich immer grösser wird, die Alarmzeichen zu. In einem Forum bemerkten 2011 zwei Forscher des IWF, es sei ein

grosser Irrtum, Wachstum und Einkommensverteilung getrennt zu analysieren, denn die Ungleichheiten bremsen das Wachstum. Der Bericht des WEF Davos 2013 über die globalen Risiken hält fest, dass gemäss seiner Umfrage bei rund tausend Expertinnen und Experten erhebliche Einkommensunterschiede das wahrscheinlichste globale Risiko der nächsten zehn Jahre sind. Die Unterschiede wurden kürzlich von der Weltbank beziffert: Weltweit verfügen die 8% Reichsten über 50% der Einkommen. Die englische NGO Oxfam bezeichnet diese Ungleichheit als zerstörerisch und verlangt sogar, dass eines der Post-2015-Ziele die Beseitigung des extremen Reichtums bis 2030 sein müsse.

«Jede Kritik ist willkommen», versichert Stanislav Saling vom UNDP. «Der Bericht des hochrangigen Beratergremiums ist nicht Selbstzweck, und die Frage der Ungleichheiten wird noch aufgenommen werden.» Das Dokument, das Ban Ki-moon als Grundlage dient für seinen Bericht, den er im September der UNO vorlegen wird, nimmt ausdrücklich Bezug auf die nachhaltige Entwicklung und die Verpflichtungen von Rio+20, was begrüsst wurde.

Der Generalsekretär wird sich auf weitere Quellen stützen, so etwa den Bericht des UNO-Nachhaltigkeitsnetzwerks (Sustainable Development Solutions Network SDSN), in dem wissenschaftliche und technische Sachverständige aus zwölf Themenbereichen vertreten sind, den Global Compact Bericht, der die Zukunftsvision der Wirtschaft beisteuert, und den Bericht des UNPD über die ersten Ergebnisse der globalen Konsultationen.

Über die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) wird im Moment in einer offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe separat verhandelt, an der die Schweiz teilnimmt. Sie setzt sich ein für die Konvergenz von SDGs und der zukünftigen Entwicklungsagenda im Nachgang zu den MDGs, ausgehend von den Evaluationsergebnissen der Millenniumsziele, von Rio+20 und von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Zwischen 2014 und 2015 müssen die Ergebnisse der beiden Stränge zusammengeführt werden, damit bis Ende 2015 daraus die neue Entwicklungsagenda entstehen kann. ||

IMPRESSUM

Herausgeber:
Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Redaktionelle Mitarbeit:
Michel Bühner, Antoinette Prince

Layout:
Marc Dubois, Lausanne
marc@mdvr.ch

Übersetzung aus dem Französischen:
EDA

Olivier Bürki
Leiter Abteilung Globale Institutionen DEZA
olivier.burki@deza.admin.ch

Gerolf Weigel
Programmbeauftragter Abteilung
Globale Institutionen DEZA
gerolf.weigel@deza.admin.ch

Daniel Birchmeier
Leiter Sektion Multilaterale Zusammenarbeit SECO
daniel.birchmeier@seco.admin.ch

Philippe Sas
Stv. Leiter Sektion Multilaterale Zusammenarbeit SECO
philippe.sas@seco.admin.ch

«Die Beseitigung der extremen Armut bis 2030 bleibt auch weiterhin ganz oben auf der Agenda»

INTERVIEW Amina J. Mohammed ist Sonderberaterin von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon für die Planung der Entwicklungsstrategie post-2015. Ihre Aufgabe ist es auch, die verschiedenen Prozesse zur Vorbereitung der Agenda zu steuern und zu koordinieren.

Das Ziel einer Verminderung der extremen Armut um die Hälfte wurde 2010 erreicht. Massgeblich dazu beigetragen hat China, dank dessen Wachstum... Genau!

Dieses Phänomen wird sich so nicht wiederholen. Was braucht es, um die andere Hälfte anzugehen und die extreme Armut ganz zu beseitigen?

China hat uns gezeigt, wie es geht, in einem vielleicht günstigeren Umfeld. Wir müssen schauen, wie wir in Afrika oder in Südostasien, wo wir diese extreme Armut haben, ein Umfeld schaffen können, das der Bevölkerung mehr Autonomie und einen Weg aus der Armut ermöglicht.

Wir werden das weiterführen, was gut funktioniert hat: Investitionen ins Humankapital, besseren Zugang zu den Ressourcen, die den Leuten mehr Selbstbestimmung ermöglichen, wie Bildung, Kredite, Beschäftigung, alles, was ihnen hilft, über die Schwelle der extremen Armut hinauszukommen.

Doch es braucht mehr Investitionen, auch mehr Partnerschaften, damit die Infrastruktur, die Technologien und das Knowhow sichergestellt werden können. Man wird auch die gesamte landwirtschaftliche Produktionskette im Auge behalten müssen und schauen, dass alle Glieder stark genug sind, damit sie nicht reisst.

Wie kann das umgesetzt werden?

Die Agenda hat keine rechtliche Verbindlichkeit, aber sie muss überzeugen. Wenn Sie aufzeigen können, dass sich die Lebensbedingungen der Leute verbessert haben, was viele Entwicklungsagenturen machen, auch die schweizerische, dann wirkt das als Ansporn. Heute gibt man ungeheure

Summen für Konfliktprävention und -management aus. Die besten Erfolge erzielt man, indem man den Leuten die nötigen Mittel in die Hand gibt, um in Würde zu leben.

Mit den MDGs verfolgte man ziemlich ehrgeizige Ziele, doch für ein günstiges Umfeld und die nötige Infrastruktur zu ihrer Umsetzung hat man nicht gesorgt. Das war also nicht nachhaltig. Die Infrastruktur ist der Schlüssel zu einer guten Ausgangslage. Und nur schon mit dem Aufbau dieser Infrastruktur werden Arbeitsplätze geschaffen. Man muss die Jugendlichen ansprechen und sie optimal einbeziehen.

In der Umfrage «myworld2015.org» stehen die Anliegen Bildung, Gesundheit und bessere Regierungen klar an der Spitze. Die Klimaveränderung, die der UNO besonders Sorgen macht, kommt erst weit hinten. Wie gehen Sie mit diesen sehr unterschiedlichen Erwartungshaltungen um?

Bildung gilt als Brücke zur Überwindung von Armut. Sie ist also ein wichtiges Anliegen. Was die Regierungen anbelangt, so wird in vielen Ländern jeglicher Ausstieg aus der Armut durch Machtmissbrauch und fehlenden Zugang zur Justiz verhindert.

Die Frage der Klimaveränderung ist oft weit entfernt von der unmittelbaren Realität der Menschen vor Ort. Und das Wissen darüber ist nicht immer vorhanden. Doch die Leute spüren, dass etwas passiert und dass es sie betrifft. Man muss die Bedeutung des Umweltschutzes, ohne den die Armut noch verheerender würde, erklären.

Die Post-2015-Agenda und die Rio+20-Ver einbarung über die nachhaltige Entwicklung sollen in einer einzigen Entwicklungsagenda zusammengeführt und der UNO-Vollversammlung 2014 vorgelegt werden. Wie kann man diese zwei Prozesse zusammenbringen? Die UNO hat kein separates Prozedere. Sie unterstützt alle Schritte der Mitgliedstaaten, sowohl in Richtung Rio+20 als auch der Millenniumsziele. Die Mitgliedstaaten haben klar gesagt, sie wollten einen weltweiten Prozess, in den sie sich einbringen können.



Amina J. Mohammed, Sonderberaterin von Ban Ki-moon für die Post-2015-Agenda: Man muss den Menschen die nötigen Mittel geben, damit sie in Würde leben können. Foto UNO

Nicht wie bei den MDGs, die von der UNO vorgegeben wurden. Es geht also um diesen Übergang von einer im Wesentlichen sozialen Agenda zu einem Projekt, das die drei Dimensionen Soziales, Wirtschaft und Umwelt umfasst. Ein integrierter und kohärenter Prozess.

Spannungen könnte es geben, weil manche Länder fürchten, wir würden die Frage der Armut weglassen. Doch die gänzliche Beseitigung der grossen Armut bis 2030 bleibt ganz oben auf der Agenda.

Wird die Konsensfindung nicht viel schwieriger, wenn die neuen Ziele nicht vorgegeben werden?

Das wird effektiv schwierig. Was dabei hilft, ist die breite Konsultation, die der Generalsekretär gestartet hat, um zu erfahren, was die Leute wollen: die nationalen, regionalen und thematischen Konsultationen, die «Myworld»-Umfrage, aber auch die Arbeit der Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten, die ihren Bericht eben vorgestellt hat. Das macht alles komplexer, und es besteht die Gefahr, dass es in einem riesigen Stimmengewirr endet. Doch die Erwartung, dass das

Ganze in eine Liste klarer und prioritärer Ziele mündet, ist gross.

Was ist mit Afrika? Ist es zu weit weg?

Afrika steht vor viel mehr Herausforderungen als andere Länder oder Kontinente: wegen dem Ausmass von Konflikten und Armut, den Auswirkungen des Klimawandels und Problemen bei der Regierungsführung. Doch es leidet auch darunter, dass seine Partner ihre Versprechen nicht einhalten. Die Verpflichtung lautete, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,7% des BIP zu erhöhen: Das ist in einigen Ländern geschehen, in andern nicht [die Schweiz ist bei 0,45% und strebt bis 2015 0,5% an]. Heute beobachtet man sogar eine Reduktion der Beiträge. Afrika befindet sich in einer Wachstumsphase, die in verschiedenen Ländern sehr

ausgeprägt ist. Doch gerade da stellt sich die Frage der Ungleichheit: Wir können nicht einfach weiter wachsen und gleichzeitig so viele Menschen im Stich lassen.

Die Frage der grossen Einkommens- und Vermögensunterschiede wird also in die neuen Ziele aufgenommen?

Ja. Das ist interessant, denn es ist ein Problem, das auf der ganzen Welt zunimmt. In den Entwicklungsländern wird es stärker wahrgenommen, doch die Ungleichheit nimmt überall zu und sorgt für Unruhe. Das ist sehr bedenklich.

Sind die Unternehmen bereits in den Prozess einbezogen?

Ja, das sind sie, doch es ist noch ziemlich neu für sie. Bei ihnen geht es

darum, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung zu fördern, damit sich die Wirtschaft an der Suche nach Lösungen für die Probleme der Globalisierung beteiligt.

Vergessen wir unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht. Viele haben bei den Konsultationen der UNO mitgemacht, sowohl im Norden wie im Süden.

Ihre Aufgabe beschränkt sich nicht aufs Paraphieren von Abkommen. An ihnen ist es auch, die Demokratie zu stärken, die Regierungen zu überwachen, den Zugang zur Justiz zu garantieren. Und «last but not least» entscheiden sie über Budgets und prüfen, ob das Geld richtig verteilt und eingesetzt wird. |||

Zukunftsforschung

Die Städte unter der Lupe

Inzwischen lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, aber die Mehrheit der ärmsten Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten. Daher läge es nahe, die Armut vor allem dort zu bekämpfen. Allerdings wird der in den Entwicklungsländern bis 2030 erwartete Zuwachs von fast anderthalb Milliarden Menschen gemäss Berechnungen zu 96% in städtischen Gebieten erfolgen. Damit wird auch die nachhaltige Stadtentwicklung zu einem vorrangigen Thema. Der IWF und die Weltbank haben ihren «Global Monitoring Report» 2013 dieser Frage gewidmet, und die Schweiz verlangt, dass das Thema in die Ziele der Post-2015-Agenda der UNO aufgenommen wird.

Die Botschaft des Bundesrats über die internationale Zusammenarbeit 2013-2016 legt besonderes Gewicht auf die integrierte Infrastrukturentwicklung von mittelgrossen Städten in Entwicklungsländern. Diese sollen in ihrer Rolle als Wachstumspole unterstützt und ihre Attraktivität soll gesteigert werden. Für das SECO verfügen Städte wegen ihrer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum über

ein riesiges Wohlstandspotenzial. Allerdings ist auch ihr ökologischer Fussabdruck sehr gross. Obwohl sie nur 3% der Erdoberfläche bedecken, verbrauchen sie drei Viertel aller Ressourcen weltweit und stossen 70% der globalen Kohlendioxidemissionen aus. Zudem gibt es in den Städten enorme Einkommensunterschiede. Andererseits stellt man auch fest, dass die Behörden nicht über ausreichend Informationen über die Städte verfügen, was deren Verwaltung erschwert.

«Die neue Agenda für eine nachhaltige Entwicklung kann sich dieser Feststellung nicht verschliessen», versichert Botschafter Michael Gerber, Schweizer Sonderbeauftragter für globale nachhaltige Entwicklung post-2015.

Die Abteilung Infrastrukturfinanzierung des SECO will sich bei Stadtentwicklungsthemen einbringen und hat multilaterale Partnerschaften in diesem Bereich aufgebaut, mit denen sie bei einer ganzen Palette von Projekten unterschiedlicher Art und Grösse mitmachen kann. Tatsächlich bestehen städtische Gebiete je länger je mehr

aus einem Kontinuum zwischen Stadt und Land, das als Ganzes in den Blick genommen werden muss.

Die Weltbank mit ihrer «Urbanization Partnership», die Interamerikanische Entwicklungsbank mit ihrer «Emerging Sustainable Cities Initiative» und die Asiatische Entwicklungsbank mit ihrer «Cities Development Initiative for Asia» sind neben den zahlreichen regionalen Akteuren bestens geeignete multilaterale Partner. Das SECO hat bereits vier von der Weltbank durchgeführte Länderanalysen (Georgien, Ghana, Indonesien, Kolumbien) finanziert. Anfang Sommer 2013 hat es einen neuen Vertrag mit der Weltbank zur Ausweitung dieser Arbeit unterzeichnet.

Unter dem Slogan «planen, vernetzen, finanzieren» untersuchen die «Länderanalysen» der Weltbank zunächst das Städtensystem, ihre Beziehungen, ihre wirtschaftlichen Stärken, ihre Verbindungen untereinander usw. Danach werden die Städte selbst im Hinblick auf Verkehr, Bevölkerung, künftiges Wachstum usw. unter die Lupe genommen. All diese Informationen sollen den Behörden helfen, ihre Städte besser kennenzulernen und deren Entwicklung auf möglichst nachhaltige Art anzugehen. |||